

p.B.72.9.15.1. - TR/ra

Bern, den 22. November 1979

VERTRAULICH

Besuch Herr E.A.J. Fergusson, Assistant Under-Secretary of State im britischen Aussenministerium und Herr M.L. Tait, KSZE-Sachbearbeiter im FCO, in Bern, Donnerstag, 1. November 1979 - Freitag, 2. November 1979.

Zu Beginn des Meinungsaustausches hatten wir den Eindruck, die britischen Gäste würden den Besuch in Bern als eine notwendige aber nicht unangenehme Pflichtübung betrachten. Die Gesprächsatmosphäre gestaltete sich indessen rasch freundlich, offen und direkt sobald sie gemerkt hatten, dass auch die Schweiz eigene Ideen und Anliegen betreffend die KSZE und Madrid besitzt und diese vorzutragen weiss. Der Hauptnutzen dieser Konsultationen darf darin gesehen werden, dass ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis auf Beamtenebene geschaffen und besonders in privaten Gesprächen vertieft werden konnte.

Der KSZE-Gedankenaustausch konzentrierte sich aus Zeitmangel vor allem auf die verschiedenen Initiativen im Bereich der "militärischen Entspannung" und ihr Stellenwert für Madrid. Zum Korb II äusserte sich hauptsächlich die Schweiz. Weitere Fragen im Zusammenhang mit dem Folgetreffen von Madrid konnten nur kurz gestreift werden.

Das Gespräch bestätigte unseren in Strassburg (siehe Bericht vom 9. November 1979) gewonnenen Eindruck, wonach die Neun der Europäischen Gemeinschaften noch weit von einer gemeinsamen Haltung bezüglich Madrid entfernt sind. London scheint sich aber darüber doch intelligente Gedanken zu machen.

./.



- 2 -

Die Abrüstungsvorschläge und ihr Stellenwert für Madrid

Herr Fergusson: Auch die sorgfältigste Vorbereitung kann nicht einen Erfolg des kommenden Nachfolgetreffens garantieren, solange nicht zwei Vorbedingungen erfüllt sind, nämlich annähernd harmonische Beziehungen der beiden Supermächte zueinander und ein stabiles militärisches Gleichgewicht in Europa. 1980 verspricht ein schwieriges Jahr zu werden: Die Wahlkampagne in den USA dürfte die Debatte um die Menschenrechte "anheizen" und die Olympischen Spiele in Moskau die öffentliche Meinung betreffend die Menschenrechtssituation in der Sowjetunion sensibilisieren. Im nächsten Oktober finden zudem in der Bundesrepublik Deutschland Wahlen statt. Seit Helsinki geht die Aufrüstung weiter: Die NATO-Allianz muss auf dem Gebiet der taktischen Mittelstrecken-Nuklearwaffen (theatre nuclear weapons) eine Antwort auf die Bedrohung durch die SS-20 und Backfire Systeme seitens des Warschaupaktes finden. Die Voraussetzungen dazu scheinen günstig; man rechnet nicht - wie im Fall der Neutronenbombe - mit einem Erfolg der sowjetischen Propaganda in Westeuropa.

Grossbritannien, und insbesondere die gegenwärtige konservative Regierung bis zur "höchsten Stelle", misst der Menschenrechtskomponente der Entspannung hohe Bedeutung bei.

Eine ausgewogene Behandlung aller Körbe bleibt trotzdem für den KSZE-Prozess essentiell.

Der WAPA-Plan sowie die französische Initiative einer EAK werfen eine Reihe wichtiger Fragen auf: Inwiefern kann der Ostblock als "demandeur" betrachtet werden; welchen Preis wäre er allenfalls bereit im Korb III für Fortschritte im Korb I zu bezahlen. Besteht überhaupt ein Potential für ein Expertentreffen in diesem Bereich nach Madrid. Jedenfalls ist es wichtig, dass die NATO bald mit greifbaren Initiativen im Korb I aufwartet! Die Sowjetunion scheint eine Trennung der WAPA-Vorschläge von der KSZE anzustreben. Frankreich teilte ursprünglich diese Auffassung, hat in der Zwischenzeit aber die Gefahr einer Loslösung der militärischen Aspekte der Sicherheit

./.

- 3 -

aus der KSZE mit der damit verbundenen Zerstörung des Gleichgewichts der Schlussakte und Isolierung des Korbes III erkannt. Jetzt spreche Paris vielmehr davon, die EAK müsse von Madrid "lanziert" werden. Die grösste Schwierigkeit der EAK besteht im erweiterten geographischen Anwendungsbereich und Ausklammerung der Kernwaffen. Grossbritannien steht der ersten Phase - Weiterentwicklung der vertrauensbildenden Massnahmen - positiv gegenüber. Der Phase II - Reduktion der konventionellen Streitkräfte - begegnet London "mit Vorsicht", zuviele Fragen - wie der Zusammenhang mit den MBFR - bleiben ungeklärt.

Botschafter Hegner: Das Belgradertreffen wurde allerseits unglücklich angefasst. Trotzdem hat Belgrad gerade im Korb III mehr erreicht, als gemeinhin angenommen wird. Auf bilateraler Ebene hat die Schweiz - abgesehen von der Tschechoslowakei - die meisten humanitären Fälle erledigen bzw. Methoden entwickeln können, diese zu lösen. In Madrid wird die Schweiz für eine produktive Behandlung dieser Fragen plädieren: es geht um das Prinzip, beispielsweise um eine grössere Transparenz der Absichten durch besseren Zugang zur Information (deshalb unseren Vorschlag im Medienbereich) und nicht darum, Einzelfälle (kein "name-calling") hochzuspielen.

Seit Helsinki ist der Sicherheitsaspekt der Schlussakte vernachlässigt worden. Es scheint uns indessen, dass gerade die KSZE, angesichts der geringen Resultate in anderen Verhandlungsgremien, berufen ist, hier weiterzukommen. Die N+N-Staaten gedenken auf Grundlage ihres Belgrader-Papiers, eine gemeinsame Tätigkeit bei den CBM's in Madrid zu entwickeln. Es wäre gut, wenn die NATO eine "Gattungsbestimmung" vornehmen würde und sich darüber einigen könnte, was vertrauensbildende Massnahmen der KSZE und welche begleitende Massnahmen (associated measures) der MBFR sind. Das erstere Forum hat gegenüber dem zweiten den wesentlichen Vorteil, sich nicht auf die Wiener Reduktionszone, welche die Flanken sowie das "Loch" Ungarns ausschliesst, beschränken zu müssen. Die WAPA-Vorschläge enthalten positive Aspekte und weniger annehmbare Elemente, die genau

./.

- 4 -

zu prüfen sind. Die Berlinerrede Breschnews vom 6. Oktober 1979 ist eindeutig eine an die NATO gerichtete Offerte. Interessant dabei ist vor allem die Bereitschaft Moskaus, gewisse CBM-Parameter ändern zu wollen; damit wird erstmals eingestanden, dass gewisse Formulierungen der Schlussakte geändert werden können.

Oberst Mark erinnerte daran, dass 1 1/2 Jahre vor Belgrad hätte erkannt sein sollen, dass die Sowjetunion keine Konzessionen machen würde. Angesichts der "Abrüstungsoffensive" des Warschaupaktes im Korb I sieht die Lage heute anders aus. Es geht nun darum herauszufinden, ob die Sowjetunion tatsächlich an einer militärischen Entspannung in Europa interessiert ist - wirtschaftliche Sachzwänge und geopolitische Ueberlegungen könnten dafür sprechen - oder ob es sich lediglich um ein gross angelegtes Propagandamanöver handelt. Die militärische Lage in Europa jedenfalls verschlechtert sich zusehends. Auch verdient festgehalten zu werden, dass wohl von neuen CBM's die Rede ist, über deren Durchführung (implementation) dagegen kein Wort verloren wird.

Herr Fergusson räumte ein, dass es schwierig sei, die Motive der Sowjetunion zu analysieren, glaubte hingegen nicht, dass Moskau aus irgendwelchen Sachzwängen heraus die Rüstungsausgaben beschränken würde.

Korb II: Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt.

Botschafter Sommaruga: Der Korb II ist ein wesentlicher Bestandteil des KSZE-Prozesses, der nicht unterschätzt werden darf. Die Schlussakte hat den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen eine "politische Autorität" verliehen und umgekehrt sind diese ein Zugpferd für Zusammenarbeit in anderen Bereichen geworden. Es ist wichtig, dieses dynamische Element der KSZE zu erhalten. In Madrid sind während der Durchführungsdebatte die bestehenden Hindernisse und Probleme zu erörtern und anschliessend bei der Ausarbeitung von neuen

- 5 -

Vorschlägen Impulse in drei zusammenhängenden Gebieten zu erteilen. Es sind dies: Energiefragen, wo eine Ost-West-Zusammenarbeit, nicht zuletzt angesichts der steigenden Verschuldung der osteuropäischen Staaten, vordringlich wird. Handel und industrielle Kooperation, wo es darum geht, die Information, d.h. Wirtschaftsstatistiken etc. und die Arbeitsbedingungen von Geschäftsleuten zu verbessern - die Schlussakte enthält viele Bestimmungen, die realisiert werden sollten - und schliesslich Transport, ohne den kein Warenaustausch möglich ist. Umweltschutzprobleme wurden absichtlich nicht erwähnt, da im November im Rahmen der UNO-Wirtschaftskommission für Europa ein Treffen auf hoher Ebene darüber stattfindet.

Schliesslich kam Botschafter Sommaruga kurz auf die laufenden Verhandlungen zwischen den EG und dem RGW zu sprechen und wies dabei auf die negativen Rückwirkungen dieser Gespräche auf die Tätigkeit der ECE/UNO hin, indem beide Seiten zögern, in der Wirtschaftskommission Konzessionen zu machen, solange nicht der Abschluss der Verhandlungen gesichert ist.

Herr Fergusson beschränkte sich aus Zeitmangel darauf, diesen Ausführungen im Prinzip zuzustimmen und sie zur Kenntnis zu nehmen.

Prozedur- und andere Fragen im Hinblick auf Madrid

Botschafter Hegner trat für eine zeitliche Limitierung des Madridertreffens ein, welches, angesichts der zu erwartenden politischen Ungewissheiten insbesondere in den USA und in der Bundesrepublik, mit einer bestimmten Anzahl Wochen zu definieren wäre. Sollten einige wichtige Delegationen in Madrid ohne Instruktionen sein, so wäre eine Vertagung von einigen Monaten nicht auszuschliessen. Die Erfahrung von Belgrad hat gezeigt, dass ein offener Schlusstermin nicht einen Erfolg erzwingen kann; vielmehr sollte der Konferenzablauf besser strukturiert werden, indem eine klare Trennung zwischen der Durchführungsdebatte und der Ausarbeitung von neuen Massnahmen vorgesehen würde. Betreffend Vertretung auf Ministerebene wird sich die Schweiz der Mehrheit anschliessen.

./.

- 6 -

Herr Fergusson erinnerte an die Gefahr eines östlichen "filibusters" bei einem fixen Schlusstermin und meinte weiter, es sei gefährlich, sich allzuweit vom Präzedenzfall Belgrad zu entfernen. Grossbritannien sei im übrigen nicht gegen die Anwesenheit der Außenminister in Madrid.

Abschliessend hatten wir kurz Gelegenheit, unseren Vorschlag im Medienbereich zu erläutern und auf unsere Befürchtungen betreffend Respektierung des Bonner Kompromisses am "Wissenschaftlichen Forum" in Hamburg hinzuweisen.

Herr Fergusson erklärte, Grossbritannien sei "nervous" betreffend internationale Konferenzen über Information; jegliche Regierungskontrolle der Tätigkeit der Journalisten werde kategorisch abgelehnt.

* * *

*



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

p.B.72.9.15.1. - TR/ra

3003 Bern, den 22. November 1979

p.B. 15.21.9B (8)

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
Prière de rappeler cette référence dans la réponse
Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta

VERTRAULICH

An die diplomatischen Vertretungen in:

Brüssel	Belgrad	Stockholm
Sofia	Ottawa	Madrid
Kopenhagen	Luxemburg	Prag
Berlin DDR	Den Haag	Ankara
Bonn	Oslo	Budapest
Helsinki	Wien	Moskau
Paris	Warschau	London
Athen	Lissabon	Washington
Dublin	Bukarest	Tel-Aviv
Rom	Algier	Tunis
Rabat	Kairo	Damaskus
Tripolis		
Beirut		

- An den Ständigen Vertreter der Schweiz beim Europarat, Strassburg
- An die Schweiz. Mission bei den Europäischen Gemeinschaften, Brüssel
- An den Schweizerischen Beobachter bei der UNO, New York
- An die Schweiz. Mission bei den internationalen Organisationen, Genf
- An die Schweizerische Delegation bei den internationalen wirtschaftlichen Organisationen, Genf
- An den Ständigen Vertreter der Schweiz bei der UNESCO, Paris

Kopie an:

Herrn Bundesrat P. Aubert	Herrn H.J. Renk
Herrn Botschafter A. Weitnauer	Herrn A. Kamer
Herrn Botschafter R. Bindschedler	Herrn F. Dubois
Herrn Botschafter J. Martin	Herrn H. von Arx
Herrn Botschafter E. Diez	Herrn E. Bischof
Herrn Botschafter A. Hegner	Frl. C. Krieg
Herrn Botschafter J. Cuendet	Herrn F. Nordmann
Frau Botschafterin F. Pometta	Herrn B. Godet
Herrn Botschafter E. Brunner	Herrn P. Vogler
Herrn Botschafter H. Kaufmann	Herrn Botschafter C. Sommaruga, BAWI, EVD
Herrn Minister J. Zwahlen	Herrn L. Lugon, BAWI, EVD
Herrn Minister J. Monnier	Herrn A. Clerc, BAWI, EVD
Herrn Y. Moret	Herrn Oberst W. Mark, GGST, Op, EMD.
Herrn A. Rüegg	
Herrn J.M. Boillat	
Herrn A. Saluz	

p.B.72.9.15.1. - TR/ra

Bern, den 22. November 1979

VERTRAULICHAn die
Schweizerischen Vertretungen
in den KSZE-TeilnehmerstaatenSchweiz - Grossbritannien;
Bilaterale Gespräche in Bern,
1. - 2. November 1979

Herr Botschafter,

Auf Einladung des Unterzeichneten hielt sich Herr E.A.J. Fergusson, Assistant Under-Secretary of State im britischen Aussenministerium, vom 1. - 2. November 1979 in Bern auf.

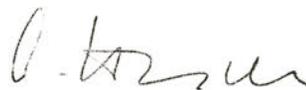
Die erste Gesprächsrunde war der KSZE gewidmet (die Aufzeichnung liegt bei). Botschafter C. Sommaruga und Herr Oberst W. Mark (EMD) nahmen ebenfalls daran teil.

Am zweiten Tag wurden Probleme im Zusammenhang mit dem Europarat, südliches Afrika/Rhodesien und Südostasien behandelt (über diesen Teil der Gespräche wird gesondert berichtet).

Herr E.A.J. Fergusson wurde von Botschafter A. Weitnauer zu einem Höflichkeitsbesuch empfangen.

Wir versichern Sie, Herr Botschafter, unserer ausgezeichneten Hochachtung.

POLITISCHE ABTEILUNG I



(A. Hegner)

Beilage erwähnt